Protokoll

der 17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt
der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf
von Berlin

am 04. Mai 2005

Beginn: 16.30 Uhr Ende: 18.30 Uhr

Anwesende: siehe Anlage 1

Vom Amt: BzStR'in Anke Otto, Dr. Andreas Ruck, Ludwig Torns, Dr. Susanne Schroetter-Dirks, Rainer Wendt

TOP 1 - Öffentliche Bürger-Frage-Viertelstunde

Zur Bürger-Frage-Viertelstunde ist niemand erschienen.

TOP 2 - Protokoll

Das Protokoll der 15. Sitzung wird in der vorliegenden Form angenommen.

TOP 3 - Anträge

TOP 3.1. – Der Fuhrpark des Bezirks muss ökologischen Richtlinien entsprechen Drs. 1532/II- GRÜNE-Fraktion

Der Antrag wird ausführlich beraten. Er erhält schließlich folgende Fassung:
„Das Bezirksamt wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass alle neu anzuschaffenden Dieselfahrzeuge des bezirklichen Fuhrparks mit Rußfiltern ausgerüstet sind. Darüber hinaus wird das Bezirksamt ersucht zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die vorhandenen Dieselfahrzeuge mit Rußfiltern nachgerüstet werden können."

Der Ausschuss stimmt diesem Antrag einstimmig bei keiner Enthaltung zu.

TOP 3.2. – Staubreduzierung auf Baustellen im Bezirk Drs. 1579/II-GRÜNE-Fraktion

Bezirksstadträtin **Anke Otto** verweist auf ein Schreiben der Senatorin Junge-Reyer vom 22. 4. 05, in dem die Bezirke aufgefordert werden, das dem Protokoll beigefügte Merkblatt zur Staubreduzierung allen Baugenehmigungen beizufügen.

BV Dreyer verweist darauf, dass mit der vorgesehenen Änderung der Bauordnung Berlin zukünftig nur noch wenige Vorhaben einer Baugenehmigung bedürfen. Über die Notwendigkeit eines solchen Beschlusses wird kontrovers diskutiert.

Der Antrag wird durch die antragstellende Fraktion am Anfang folgendermaßen geändert:

„Das Bezirksamt wird ersucht sich dafür einzusetzen, dass die Staubimmissionen ... „

Der Antrag wird mit 7 : 6 : 0 Stimmen angenommen.

TOP 3.3. – 3.6. Nachhaltigkeitsziele für vier Abteilungen des Bezirksamtes Drs. 1580 – 1583/II – GRÜNE-Fraktion

Bezirksstadträtin **Anke Otto** erläutert die Vorgeschichte von der Konferenz der Staatspräsidenten in Rio de Janeiro 1992 (Agenda 21) bis zu den Nachhaltigkeitszielen der Abteilung Bauen, Stadtplanung und Naturschutz sowie der Abt. Jugend, Gesundheit und Umwelt vom 10 . 2. 2004. Da seitens der anderen Abteilungen keine Notwendigkeit an gemeinsamen Nachhaltigkeitszielen gesehen wurde, waren diese Nachhaltigkeitsziele als erster Schritt erforderlich, um eine Richtschnur für das Handeln im Verantwortungsbereich dieser beiden Abteilungen zu geben.

Herr **Dr. Ruck** erläutert die Besonderheiten dieses Zielfindungsprozesses im Hinblick auf sehr langfristige und konsensorientierte Ziele. Dabei können nur messbare und überprüfbare Ziele erkennen lassen, ob eine Umgestaltung in Richtung Nachhaltigkeit gelingt. Diese können mit konkreten Maßnahmen im jeweiligen Verantwortungsbereich des Bezirksamtes verfolgt werden.

BV **Piotrowski** verweist darauf, dass von den Mitarbeitern des Bezirksamtes grundsätzlich nachhaltiges Verhalten zu erwarten ist und daher entsprechende Ziele entbehrlich sein können.

BV **Schmid-Petry** fragt anhand der Nachhaltigkeitsziele der beiden Abteilungen nach der bisherigen Zielerreichung im Hinblick auf Wertstoffanteil, Brauchwasser, Fahrradverkehr und CO2-Reduktion.

Bezirksstadträtin **Otto** zeigt auf, dass erkennbar nur bei veröffentlichten Zielen eine rege Diskussion über die Zielerreichung beginnen kann. Die Ziele der beiden Abteilungen stellen eine hohe Messlatte dar, nicht alles kann sofort erreicht werden. Hinsichtlich der CO 2 – Reduktion verweist sie auf den Energiebericht des Bezirksamtes.

BV **Dr. Kottusch-Geiseler** verweist auf neue technische Möglichkeiten der Abfallsortierung und schlägt vor, dass die Anträge zu einem Antrag zusammengeführt werden sollen. Eine jährliche Berichterstattung hält sie für zu aufwendig.

Nach weiterer ausführlicher Diskussion auch im Hinblick auf den vom Ältestenrat nicht in den Umweltausschuss geleiteten Antrag 1584/II (Überprüfung der Nachhaltigkeit für bezirkliches Handeln) vereinbart der Umweltausschuss, das Verfahren in und zwischen

den Fraktionen zunächst zu beraten und vertagt die Beschlussfassung über die Anträge.

TOP 4 - Bericht aus dem Bezirksamt

- Bezirksstadträtin **Otto** teilt mit, dass nach langwierigen Vertragsverhandlungen nunmehr der Vertrag für die Verlegung des Mobilfunkstandortes von der Leuchtenburgstraße an die Sachtlebenstraße unterzeichnet wurde. Dort wird in absehbarer Zeit ein neuer Mast errichtet.

- Bezirksstadträtin **Otto** teilt mit, dass 69 Einrichtungen des Bezirksamtes jetzt dem Energieeinsparpool 19 zugeordnet wurden. Im Ergebnis eines Einsparwettbewerbs wird der Energiesparpartner 3 Millionen Euro insbesondere in marode Heizungsanlagen, energiesparende Lichtsysteme und moderne Steuerungsanlagen investieren. Der Energiesparpartner garantiert eine jährliche Einsparung von über 29 % der Energiekosten. Für seine Investitionen stellt der Energiesparpartner von diesen Einsparungen 90 % zur Refinanzierung für seine Investition dem Bezirksamt jährlich in Rechnung. Für den Fall der Nichterreichung der Einsparquote ergeben sich Vertragsstrafen. Sofern der Energiesparpartner zusätzliche Einsparungen erzielt, ist der Bezirk hieran wiederum mit 30 % beteiligt. Insgesamt handelt es sich um das größte Projekt zur Energieeinsparung im Bezirk mit ökologischen Auswirkungen von jährlich 4.000 Tonnen reduzierter CO2-Freisetzung.

- BV **Piotrowski** fragt nach der Herkunft der Stromversorgung.
  Herr Dr. **Ruck** erläutert, dass es berlinweit eine europaweite Ausschreibung für die Stromversorgung des Landes Berlin gab. Nach den Vorgaben des Abgeordnetenhauses sind dabei auch ökologische Kriterien zu beachten gewesen hinsichtlich der Herkunft des Stromes. Den Zuschlag hat nicht wie zuvor die BEWAG erhalten, sondern zwei Unternehmen, die u. a. Strom aus Wasserkraftanlagen und modernsten Gaskraftwerken für das Land Berlin zur Verfügung stellen.

TOP 5 - Verschiedenes

- BV **Pirch-Masloch** fragt, ob das Umweltamt tätig werden könnte hinsichtlich Staubschutz für BSR-Mitarbeiter beim Fegen der Gehwege. Sie wird auf das Landesamt für Gesundheit und technische Sicherheit verwiesen, das für Maßnahmen zum Schutz von Arbeitnehmern verantwortlich ist.

- BV **Grigoleit** und BV **Ronnisch** berichten von einer Veranstaltung mit der Bürgerinitiative zur Lärmproblematik am Großen Wannsee am 02.05.05 . Frau Grigoleit bedauert, dass die Gaststättenpächter und Sportvereine nicht hinzugeladen wurden, um sich gegen die Vorwürfe zu verteidigen. Es wurde eine große Zahl sehr unterschiedlicher Lärmthematiken angesprochen. BV **Ronnisch** fand es bemerkenswert, dass es keine Beschwerden über Sportvereine gab. Er geht davon aus, dass die Veranstaltung wichtig für die Bürgerinitiative war hier „Dampf abzulassen“.
  Herr **Dr. Ruck** bestätigt, dass der Teilnehmerkreis bewusst so gewählt wurde. Anstoß zu der Veranstaltung gab ein Schreiben der Bürgerinitiative an Bezirksbürgermeister Weber.

- BD **Förster** hat festgestellt, dass wiederum Fahrzeuge am Ende der Sachtlebenstrasse abgestellt sind, die nach seinen Beobachtungen inzwischen eingewachsen sind.
  Herr Dr. **Ruck** teilt mit, dass im letzten Jahr auf Grund eines ähnlichen Sachverhaltes sowohl das Bezirksamt als auch das zuständige Amt für regionalisierte Ordnungsaufgaben Lichtenberg die Fahrzeuge begutachtet haben. Solange sie rollfähig sind und von der dort ansässigen Firma als Oldtimer aufbereitet werden, gelten sie nicht als Abfall und können daher auch nicht beseitigt werden.

- BD **Förster** verweist darauf, dass vom Buschgrabenweg aus bei einigen Firmen im Bereich Hegauer Weg Abfälle sichtbar sind, u. a. Fässer.
  Herr Dr. **Ruck** sagt Überprüfung zu.

- BD **Förster** fragt nach der Situation am Holzlagerplatz in der Clauertstrasse. Dort sei inzwischen durch Vermischen mit dem Kompost ca. 2 m tief der Boden abgetragen.
  Herr Dr. **Ruck** sagt zu, hierzu beim NGA nachzufragen.

- BV Dr. **Kottusch-Geiseler** erinnert an den BVV-Beschluss vom 10. 2. 2003 hinsichtlich Daten zur Mülldeponie Wannsee und bittet das Amt, erneut bei SenStadt hinsichtlich aktueller Messwerte nachzufragen.
  Dies wird zugesagt.

- BV **Piotrowski** bittet im Hinblick auf Nachfragen der Anglervereine Am Schlachtensee und Krumme Lanke die zugesagte Seenkonferenz bald durchzuführen.
  Herr Dr. **Ruck** bedauert, dass bislang wichtige Zuständigkeitsfragen im Bezirk hierzu noch nicht geklärt werden konnten und stellt eine Ämterkonferenz nach der Sommerpause in Aussicht.

-

Ausschussvorsitzender:	BV Ronnisch
Schriftführerin:	BV Pirch-Masloch
Protokoll:	Torns/Dr. Ruck